



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

117. Sitzung (öffentlich)

26. Oktober 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:10 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

1 Medikamentenversuche und Medikamentengabe in Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Jugendhilfe und in Einrichtungen des Gesundheitswesens in NRW

8

Bericht der Landesregierung

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. – Der TOP soll am 2. November 2016 erneut aufgerufen werden.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) 19

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/12500

a) Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
Vorlage 16/4206

Bericht der Landesregierung

b) Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Vorlage 16/4229
Vorlage 16/4352

Bericht der Landesregierung

– Detailberatung

Der Ausschuss führt die Detailberatung zu den Einzelplänen 11 und 15 durch.

3 Erstes Gesetz zur Änderung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen 21

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/12784

– abschließende Beratung und Abstimmung

Mit Blick auf den kurzfristig vorgelegten Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird die Abstimmung über den Gesetzentwurf auf die nächste AGS-Ausschusssitzung verschoben.

4 Bundesteilhabegesetz und Pflegestärkungsgesetz II – Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz, Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/8443 23

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4181

Ausschussprotokoll 16/1445

– Auswertung der Anhörung

In Verbindung mit:**Pflegestärkungsgesetz III darf nicht zu Lasten ambulanter Wohn-
gemeinschaften für Menschen mit Behinderungen gehen – Abgren-
zungsprobleme zwischen Pflege und Eingliederungshilfe lösen**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12850

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12929

In Verbindung mit:**Selbstständiges Wohnen von Menschen mit Behinderung – Sachstand
und aktuelle Entwicklungen im Ausbau**

Vorlage 16/4260

Der Ausschuss wertet die Anhörung aus.

**5 Impfen schützt – Strategien zur Verbesserung des Impfschutzes in
NRW****27**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12111

Ausschussprotokoll 16/1404

Nach kurzer Diskussion kommt der Ausschuss überein, die
abschließende Beratung und Abstimmung auf seine Sitzung
am 23. November 2016 zu verschieben.

6 Aktueller Sachstand zur Erarbeitung des Landespsychiatrieplans**30**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4353

Kein Wortprotokoll

- 7 Bericht über die Unabhängige Patientenberatung 31**
Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/4341

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) beantwortet Fragen des Abgeordneten Arif Ünal (GRÜNE).
- 8 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Weiterbildungsverordnung Hygienefachkraft 32**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4331

Der AGS-Ausschuss als zuständiger Landtagsausschuss wurde angehört.
- 9 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung 33**
Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12363
Ausschussprotokoll 16/1458

Dieser Punkt soll in der Sitzung am 2. November 2016 erneut aufgerufen werden.
- 10 Verschiedenes 34**

Der Ausschuss beschließt einstimmig folgende Termine für Anhörungen und ordentliche Sitzungen:

2. November 2016, 15:30 Uhr: ordentliche Sitzung

23. November 2016, 10 Uhr – Schlüssel: 2 je Fraktion –: Anhörung Antrag der CDU-Fraktion „Notruf für den Notfallsanitäter ...“ Drucksache 16/11699 in Verbindung mit: Antrag der CDU-Fraktion „Notrufmöglichkeiten Hörgeschädigte ...“ Drucksache 16/12433

23. November 2016, 13:30 Uhr – Schlüssel: 1 je Fraktion –: Anhörung der FDP-Fraktion „Berufsausübung von Heilpraktikern ...“ Drucksache 16/12846

23. November 2016, 15:30 Uhr: ordentliche Ausschusssitzung

7. Dezember 2016, 10 Uhr – Schlüssel: 1 je Fraktion –: Antrag der FDP-Fraktion „Solo-Selbstständige ...“ Drucksache 16/12356

7. Dezember 2016, 13:30 – Schlüssel:1 je Fraktion –: Antrag der Piratenfraktion „Berufliche Weiterbildung online ...“ Drucksache 16/12837

7. Dezember 2016, 15:30 Uhr: ordentliche Ausschusssitzung

* * *

3 Erstes Gesetz zur Änderung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/12784

– abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Günter Garbrecht weist darauf hin, dass die Fraktion der FDP einen im Plenum und im Obleutegespräch angekündigten Änderungsantrag zu diesem Gesetzentwurf erst nach abgeschlossener Beratung in den Fraktionen vorgelegt habe. Für eine sachgerechte Behandlung des Änderungsantrags könne der AGS-Ausschuss jetzt zwar beraten, die Abstimmung sollte er jedoch auf seine Sitzung am 2. November verschieben.

In der Tat sei der Änderungsantrag sowohl im Plenum als auch im Obleutegespräch angekündigt worden, so **Susanne Schneider (FDP)**. Im Zuge der zu dieser Thematik gestellten Kleinen Anfrage habe sich nämlich herausgestellt, dass die Kommunen über dieses bürokratische Verfahren klagten. Die Verschiebung der Abstimmung sei aber auch im Sinne der FDP-Fraktion.

Peter Preuß (CDU) stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.

Arif Ünal (GRÜNE) führt aus, mit dem gemeinsam verabschiedeten Alten- und Pflegegesetz seien auch die Kompetenzen der Kommunen gestärkt worden. Laut Gesetz umfasse die Bedarfsplanung drei Jahre. Der Pflegebericht erscheine jährlich, um die Entwicklung verfolgen zu können. Darüber hinaus werde es auch noch einen Evaluationsbericht geben. Man sollte an den gemeinsamen Beschlüssen festhalten und nicht einfach das Rad zurückdrehen, weil eine oder zwei Kommunen irgendein Problem gemeldet hätten. Sinnvoller sei es, den Evaluationsbericht abzuwarten und dann eine Lösung für etwaige Probleme zu suchen.

Da den Fraktionen der Änderungsantrag zur Beratung nicht vorgelegen habe, sollte der Ausschuss seine Beratung nun verabredungsgemäß abschließen.

Vorsitzender Günter Garbrecht stellt klar, dass er sich zwecks Vermeidung einer Beschwerde der FDP-Fraktion, etwas übers Knie gebrochen zu haben, für eine Prüfung des Änderungsantrags ausgesprochen habe.

Michael Scheffler (SPD) sieht in der Vertagung der Abstimmung kein Problem. Da Pflegeplanung und Pflegearrangements vor Ort eine Daueraufgabe seien, die es zu beobachten gelte, mache eine zeitnahe Gestaltung allerdings Sinn.

Staatssekretärin Martina Hoffmann-Badache (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter) erklärt, entsprechend den gesetzlichen Vorgaben

plane das Ministerium, bis zum Sommer 2019 zu berichten und eine Evaluation vorzulegen. Die Evaluation umfasse insbesondere eine Zusammenstellung erster Erfahrungen mit neuen Instrumenten wie der Bedarfsplanung. In der Tat handele es sich um einen kontinuierlichen Prozess, der im Sinne aller Beteiligten und auch im Sinne des Instrumentes laufend fortgeschrieben werden müsse.

Vorsitzender Günter Garbrecht kündigt an, diesen TOP am 2. November 2016 zur Abstimmung aufzurufen. Dies sei unproblematisch, da auch dann noch das nächste Plenum erreicht werden könne.